Europäische
Bewegung
Österreich

30 JAHRE ÖSTERREICH IN DER EU

ERFOLGE • HERAUSFORDERUNGEN • ZUKUNFT

© Europäische Gemeinschaften

Korfu, 24. Juni 1994: Unterzeichnung des Beitrittsvertrags: Ulrich Stacher vom Bundeskanzleramt, Österreichs Chefverhandler Manfred Scheich, Bunde

skanzler Franz Vranitzky und Außenminister Alois Mock

„Wir wollen nicht Zaungäste sein, sondern unseren Beitrag zur Gestaltung Europas leisten.“

Franz Vranitzky, österreichischer Bundeskanzler von 1986 bis 1997, war die zentrale Figur bei der Vorbereitung und Umsetzung des EU-Beitritts Österreichs im Jahr 1995

Inhalt

2 30 Jahre Österreich in der EU
6 EU-Erfolgsgeschichte in Zahlen
8 Analyse: Quo vadis, Europa?
10 Wirtschaft
14 Soziales
18 Jugend
22 Diskurs
26 Zukunft
30 Wir gestalten Europa

Ein Garant der Stabilität im Herzen

Gemeinsam für ein starkes und zukunftsfähiges Europa

30 Jahre Österreich in der Europäischen Union sind ein Erfolg für Österreich und für die Europäische Union – herzliche Gratulation zu diesem besonderen Jubiläum und Dank an die Europäische Bewegung Österreich. Mit ihrem breiten Netzwerk aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft hat sie eine Vorreiterrolle für den EU-Beitritt Österreichs übernommen und ist bis heute ein starker und verlässlicher Partner, um die Zukunft des gemeinsamen Europas zu gestalten und den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

beigestellt

Guy Verhofstadt, Präsident von European Movement International

Gemeinsam haben wir Europa vorangebracht: von der Einführung des Euro über die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa, für die sich Österreich aufgrund seiner historischen Verbundenheit besonders eingesetzt hat, bis hin zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. All das war nur durch Zusammenarbeit über Staats- und Parteigrenzen hinweg möglich.

Diesen Zusammenhalt brauchen wir angesichts der aktuellen geopolitischen und wirtschaftlichen Umbrüche heute mehr denn je. Wir dürfen das gemeinsame Europa nicht nur ökonomisch denken. Wir brauchen eine politische Union, die handlungs- und entscheidungsfähig ist, um unsere Werte und unser Lebens- und Gesellschaftsmodell nach innen und nach außen zu tragen.

Österreich kommt dabei eine wichtige Rolle zu und wir werden uns als European Movement International gemeinsam mit der Europäischen Bewegung Österreich auch in Zukunft konstruktiv einbringen, um die EU handlungsfähiger, solidarischer und demokratischer zu machen. ★

Die 1948 gegründete European Movement International (EMI) ist das größte paneuropäische Netzwerk europäischer und nationaler Organisationen, das Frieden, Demokratie und europäische Integration fördert.
Guy Verhofstadt war von 2009 bis 2024 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Europas

© EU-Parlament

Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments

Liebe Mitglieder der Europäischen Bewegung Österreich!

Herzlichen Glückwunsch zu 30 Jahren Österreich in der Europäischen Union! Am 12. Juni 1994 entschied sich eine deutliche Mehrheit der Österreicher:innen in einem historischen Referendum für eine europäische Zukunft. Seitdem ist Österreich ein unverzichtbarer Partner, der fest in unserer Union verankert ist und sie täglich stärkt.

Gleichzeitig hat die EU-Mitgliedschaft Österreichs Wirtschaft angekurbelt und ihr neue Wachstumschancen eröffnet, während der Binnenmarkt den Bürger:innen die Möglichkeit bietet, in ganz Europa zu leben, zu studieren und zu arbeiten. Diese drei Jahrzehnte sind ein eindeutiger Beweis dafür, wie viel wir erreichen können, wenn wir zusammenarbeiten.

Diese Solidarität ist auch von entscheidender Bedeutung, wenn wir uns den großen Herausforderungen unserer Zeit stellen, wie dem Klimaschutz, der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, dem Kampf gegen illegale Migration und für mehr Sicherheit sowie der Wahrung und Verteidigung europäischer Werte.

Für den Erfolg unseres europäischen Projekts brauchen wir Vertrauen, Zuversicht und Begeisterung – von allen Bürger:innen Österreichs und Europas. Jede und jeder von uns, das Europäische Parlament wie auch die nationalen Parlamente, können dazu beitragen, das europäische Bewusstsein und ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern.

Organisationen wie die Europäische Bewegung Österreich sind dafür unverzichtbar. Sie verleihen Europa eine Stimme und setzen sich unermüdlich für unser gemeinsames Ideal ein. Vielen Dank für Ihr Engagement für Europa! ★

Roberta Metsola ist seit 2013 Mitglied im Europäischen Parlament und seit 2022 Parlamentspräsidentin. Sie gehört der Fraktion der Europäischen Volkspartei an.

Mehr Mut zu einem starken Europa

Es heißt oft, dass Europa erst in der Krise auf Touren kommt. Krisen gab es zuletzt genug. Also ist in Europa alles gut?
Wenn Europa mit dem Rücken zur Wand stand, haben wir es bisher immer geschafft. Der Euro hat die Finanzkrise überstanden, der Brexit hat diverse EU-Ausstiegsgelüste schnell abkühlen lassen und dem russischen Aggressor hat die EU in überraschender Einmütigkeit die Zähne gezeigt.
Aber Nein, es ist längst nicht alles gut: Das „Friede-Freude-Eierkuchen"-Gefühl nach dem Fall es Eisernen Vorhangs wurde durch einen Wettlauf zwischen den USA und China um die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in der Welt abgelöst. Der Rückenwind für anti-europäische Parteien quer durch Europa macht uns zu schaffen. Und Donald Trump als wiedergewählter US-Präsident wird danach trachten, die Europäer zu spalten. Wir werden uns auf die Hinterbeine stellen müssen.

Wie denn?
Europa muss viel mehr agieren, anstatt zu reagieren, und Österreich sollte sich hier konstruktiv einbringen. Gemeinsame europäische Interessen sollten über kurzfristigen nationalen Einzelinteressen stehen – Motto: mitgestalten statt blockieren. Ein handlungsfähiges Europa braucht den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger für gemeinsame europäische Lösungen. Dazu gehört auch, die Entscheidungsfähigkeit der EU zu stärken.

Wie kann Österreich dazu beitragen, dass die europäische Integration gelingt?
Es geht darum, den europäischen Gedanken zu stärken und die Entwicklung eines „europäischen" Bewusstseins zu unterstützen. Ohne ein nachhaltiges Wissen über die Notwendigkeit der EU, ihre Aufgaben und politischen Strukturen werden populistische Kräfte immer wieder versuchen, die europäische Einigung rückgängig zu machen und damit die Chance torpedieren, gesamteuropäische Probleme gemeinsam zu bewältigen.

© Vicky Posch

Sabine Radl, 2017–2024 Generalsektretärin der Europäischen Bewegung

Welche Hausaufgaben muss die EU erledigen?
Die Kommunikation muss verbessert werden. Die Bevölkerung muss verstehen, dass eine geteilte Souveränität der Mitgliedstaaten in bestimmten Situationen wichtig ist. Mehr Transparenz würde vieles nachvollziehbarer und verständlicher machen.

Welche Rolle kommt dabei der Jugend zu?
Junge Menschen nehmen eine Schlüsselposition ein: Sie sind die erste Generation, die in der EU aufgewachsen ist. Für sie muss die EU auf allen Ebenen erlebbar werden. Wie wäre es mit einer obligatorischen Reise nach Brüssel oder Straßburg – wo man auch auf Schüler:innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten trifft? ★

„Als EBÖ werden wir un
breiten Netzwerk auch
ein gemeinsames Euro

Christoph Leitl, Präsident der Europäischen Bewegung

„Die EBÖ-Mitglieder waren Pioniere für Österreichs Weg in die EU!"

Sie waren Pioniere: Die Mitglieder der Europa-Plattform „Europäische Bewegung Österreich" haben Vorarbeit und Begleitung für Österreichs Weg in die Europäische Union geliefert.

Vor dem eigentlichen EU-Beitritt galt es, Information zu liefern, Diskussionen abzuhalten und Motivation für das österreichische Europa-Projekt zu vermitteln – für den Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989, für die sich daran anschließenden Beitrittsverhandlungen und die Volksabstimmung am 12. Juni 1994. Dass unser Beitrag nicht so schlecht war, zeigt auch das Ergebnis der Volksabstimmung: Mit über 66 % Ja-Stimmen lagen wir deutlich über den Werten von Finnland und Schweden, überhaupt schiefgegangen ist es in Norwegen.

Die Entscheidung selbst ist das eine, die Umsetzung das andere. Wo viel Licht ist, ist auch Schatten. Es war daher unsere Aufgabe, nicht nur die Chancen aufzuzeigen, sondern auch Risiken zu erkennen und abzusichern. Die Bilanz dieser 30 Jahre in der EU zeigt, dass auch mit unseren Beiträgen Einiges gelungen ist. Auf der politischen Ebene möchte ich Franz Vranitzky und Alois Mock erwähnen, auf Länderebene Martin Purtscher, Josef Ratzenböck und Helmut Zilk. Große Verdienste kommen den Sozialpartnern sowohl in der Vorbereitung als auch in der Umsetzung zu.

Heute ziehen wir Bilanz. Viel Positives ist festzustellen, auch manch Negatives. Aber wie immer im Leben kommt es auf den Saldo an. Und der ist eindeutig positiv, so empfinden es zumindest die Menschen in unserem Land: Nur 2 von 10 lehnen die Mitgliedschaft unseres Landes in der EU ab. Ein überzeugendes Votum.

Bei jeder Bilanz blickt man auch in die Zukunft: Welche Erwartungen haben wir und was kann unser Land beitragen, um das Projekt Europa in einer ungeheuer herausfordernden Zeit weiter zu entwickeln, um die Werte und das Lebensmodell, das wir Europäer bei allen Unterschiedlichkeiten doch gemeinsam haben, in die Zukunft zu führen und damit insbesondere nachfolgenden Generationen gute Lebensperspektiven zu vermitteln? Darauf gilt es heute, Antworten für morgen zu geben. Als Europäische Bewegung Österreich werden wir uns dazu mit unserem breiten Netzwerk auch in Zukunft einbringen! ★

© Vicky Posch

Christoph Leitl, Präsident der Europäischen Bewegung Österreich

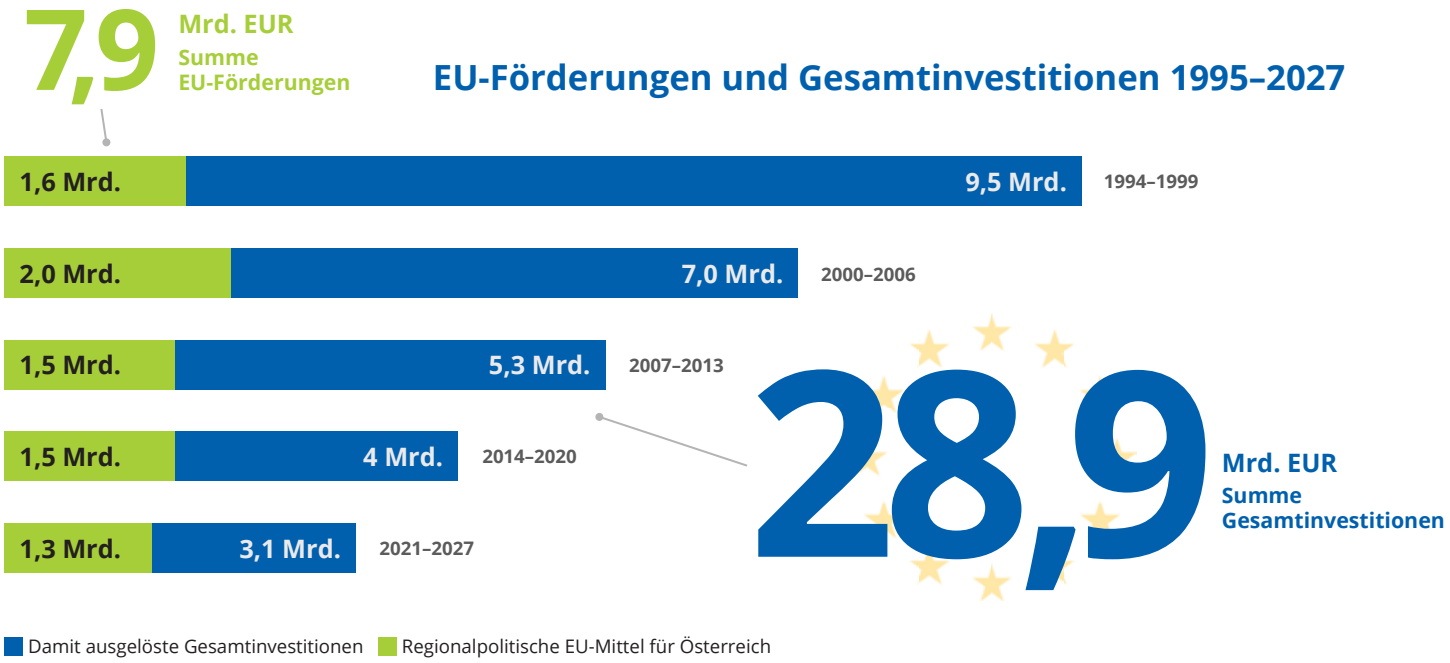
s mit unserem
in Zukunft für
pa einbringen!"

Österreich

30 Jahre EU-Mitgliedschaft: Eine Erfolgsgeschichte in Zahlen

Die EU-Mitgliedschaft eröffnete Österreich nicht nur den Zugang zum europäischen Binnenmarkt, sondern auch die Teilnahme an den umfassenden EU-Förderungen durch Programme wie Agenda 2000, Lissabon-Prozess, Europa 2020 oder NextGenerationEU.

EU-Förderungen und Gesamtinvestitionen 1995–2027



Quelle: 30 Jahre EU-Regionalpolitik in Österreich: Ein Überblick, IBW/EFRE & JTF Österreich 2021-2027

Österreichs Weg in die Europäische Union

15. Mai 1955
Staatsvertrag – zehn Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs ist Österreich frei und verpflichtet sich zur immerwährenden Neutralität

4. Jänner 1960
Österreich wird Gründungsmitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)

1. Jänner 1973
Das Freihandelsabkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) tritt in Kraft

17. Juli 1989
Österreich übermittelt ein offizielles Beitrittsansuchen an die Europäischen Gemeinschaften („Brief nach Brüssel“)

9. November 1989
Fall des „Eisernen Vorhangs“

31. Juli 1991
Die Europäische Kommission befürwortet die Aufnahme Österreichs in die EG

12. April 1994
Positiver formeller Abschluss der Beitrittsverhandlungen

3,75 Mrd. EUR

Zuschüsse aus **„NextGenerationEU“** zur Abfederung der Auswirkungen der Covid-Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich

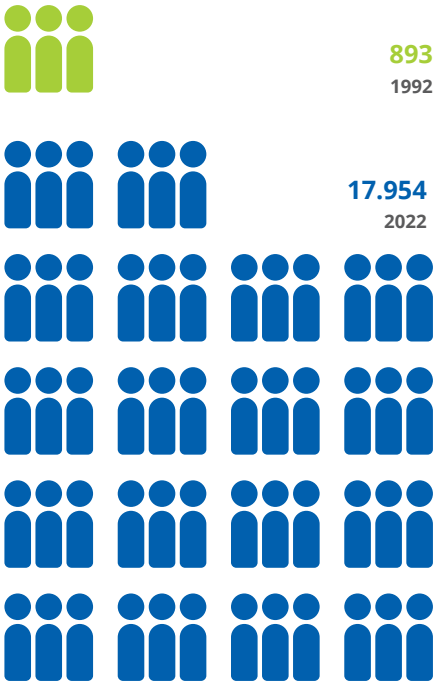
- Digitalisierungsoffensive KMU.DIGITAL
- Reparaturbonus für Privatpersonen
- Transformation der Industrie

210,3 Mio. EUR

„REPowerEU-Kapitel“

- Beschleunigung des Übergangs zur sauberen Energie
- Verbesserung der Energieeffizienz
- Diversifikation der Energieversorgung

Österreichische Erasmus-Studierende 1992–2022



Quelle: Wirtschaftskammer Österreich

Viele Vorteile für Konsument:innen und Betriebe

Bequemes Reisen

- Telefonieren zum Heimattarif
- In 20 von 27 Mitgliedstaaten dabei bequem mit dem Euro bezahlen
- Frei bewegen innerhalb der gesamten EU

Grenzenloses Shopping-Vergnügen

- Keine Einfuhrbeschränkungen und Zölle dank Binnenmarkt
- Erleichterungen der Lebensmittelzulassung = französische Käsesorten, italienische Weine und deutsche Joghurts

Günstiger reisen, schneller surfen

- Mit EU-Förderungen klimafit und moderner: z.B. Klimaticket und Breitbandoffensive

4. Mai 1994
Das Europäische Parlament stimmt dem Beitritt Österreichs zur EU mit 378 von 517 Stimmen zu

12. Juni 1994
66,6 Prozent der Österreicher:innen stimmen in einer Volksabstimmung für den EU-Beitritt

24./25. Juni 1994
Beim EU-Gipfel auf Korfu unterzeichnen unter anderem Bundeskanzler Franz Vranitzky und Außenminister Alois Mock Österreichs Beitrittsvertrag

11. November 1994
Der Nationalrat genehmigt den EU-Beitrittsvertrag mit 141 zu 40 Stimmen. Der Bundesrat stimmt am 17. November 1994 ebenfalls zu

1. Jänner 1995
Österreich wird gemeinsam mit Schweden und Finnland Mitglied der Europäischen Union

© istockphoto.com/rarrarorro

© istockphoto.com/gremlin

Quo vadis, Europa?

Vor der EU-Volksabstimmung war auf Plakaten zu lesen: „Österreicher bleiben wir – Europäer werden wir“: Die Verheißung einer doppelten Identität, die heute skeptisch anmutet. Österreicher blieben wir, aber sind wir Europäer geworden?

Es war ein historischer und erhebender Augenblick, als am 12. Juni 1994 das Ergebnis der Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs bekannt wurde: 66,58 % der stimmberechtigten Bevölkerung stimmten für einen Beitritt. In den gleichzeitig mit Österreich zur EU beitretenden Ländern Schweden (52,2 %) und Finnland (57 %) waren es weitaus weniger. Alle diese Länder wurden am 1. Jänner 1995 Mitglieder des europäischen Einigungswerkes.

Das Ergebnis der österreichischen Volksabstimmung war der Ausdruck eines europäischen Moments. Es ließ nichts über die grundsätzliche Einstellung der Bevölkerung zum Prozess der europäischen Einigung erkennen. Alle folgenden Meinungsumfragen zeigen ein vielschichtiges und widersprüchliches Bild. Eine Anfang 2024 durchgeführte Umfrage des Market-Instituts für den „Standard“ (wiedergegeben in dieser Zeitung am 19. Februar 2024 mit dem Titel: „Mehrheit wünscht sich eine starke EU“) bringt zum Ausdruck, dass die EU als internationaler Akteur ähnlich robust wie die USA oder China auftreten sollte. Die offenen Grenzen in der EU haben das Wirtschaftswachstum begünstigt. Nur eine gemeinsame Wirtschaftspolitik schaffe europaweit Arbeitsplätze.

Interessanterweise vertritt eine starke Mehrheit (71%) die Auffassung, dass man in Österreich die Arbeit der EU-Abgeordneten zu wenig kenne. Damit wird das Defizit angesprochen, das im öffentlichen Diskurs über die Ziele und Aufgaben europäischer Institutionen und die

Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses besteht. Es ist allerdings als Errungenschaft anzusehen, dass Europa als supranationaler Einigungsort von den meisten Bürgerinnen und Bürgern nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird.

beigestellt

Heinrich Neisser, Ehrenpräsident der Europäischen Bewegung Österreich

Die Mängel im europäischen Diskurs werden auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament sichtbar. Diese finden seit dem Jahr 1979 in Abständen von fünf Jahren statt. Seit dem Beginn hat die Begeisterung für den Prozess der europäischen Integration abgenommen. Die Wahlbeteiligung ist rückläufig. Bei den Europawahlen 2019 blieben 2,5 Mio. Wahlberechtigte zu Hause. Vor den Wahlen am 9. Juni 2024 zeugte der Kampf um die Kandidatenlisten von einem ausgeprägten Desinteresse der politischen Parteien. Europawahlen werden offensichtlich als nationale Nebenwahlen angesehen, die Politikwissenschaft bezeichnet sie als „second order elections". Sie stellen die zentralen Probleme der Europäischen Union nicht in den Mittelpunkt der Diskussion. Sie sind Symptom dafür, dass in der österreichischen politischen Auseinandersetzung ein permanenter kritischer Dialog über die Grundfragen der Europapolitik nicht stattfindet. Dadurch fehlt eine Voraussetzung dafür, dass die österreichischen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger ein Europabewusstsein entwickeln können, das mit einem ausgeprägten politischen Interesse verbunden ist.

Offener Dialog zu EU ist notwendig

Der europäische Einigungsprozess hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Krisen erfahren. Das oft zitierte Diktum von Jean Monnet, dass Europa durch seine Krisen wachse („Europe se construit dans ses crises"), erscheint überholt zu sein. Das „Haus Europa" ist eine Summe von Baustellen geworden, für die es an Bauleuten und Architekten mangelt. Die Kritik überwiegt. Die EU wird als System mit schwerfälligen Entscheidungsprozessen angesehen, das von Bürokratismus und Überregulierung beherrscht wird. Links- und rechtspopulistische, euroskeptische und antieuropäische Bewegungen verstärken diesen Eindruck und fördern ein Überhandnehmen nationaler Egoismen, die eine inhaltliche Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses verhindern (Heinrich Neisser: Zwischen Stillstand und Aufbruch, in: Angelika Mlinar, Stefan Zotti: Liberale Perspektiven für Europa (2018), Seite 73).

Die Bedeutung, die das österreichische Volk der EU-Mitgliedschaft zumisst, ist durchaus widersprüchlich. Im Gegensatz zur Auffassung, dass der Beitritt Österreichs zur EU viele Vorteile, besonders auch wirtschaftliche, gebracht hat, sieht nicht einmal die Hälfte (42%) die EU positiv. (Leitartikel in „Die Presse" vom 7. Dezember 2023 von Wolfgang Böhm: „Österreichs EU-Skepsis hat viele Eltern, nicht nur die FPÖ"). Vielleicht liegt es daran, dass seit dem Beitritt jede Regierung für alle Unannehmlichkeiten Brüssel verantwortlich gemacht hat.

Gerade diese Erfahrung wäre Anlass, in den kommenden Jahren eine österreichische Politik zu betreiben, die im eigenen Land einen offenen Dialog möglich macht, der die Realität mit der Stimmung konfrontiert. Ein zentrales Thema in diesem erneuerten öffentlichen Diskurs müsste eine breit angelegte sicherheitspolitische Debatte sein. Der Innsbrucker Politikwissenschafter Martin Senn hat vor kurzem im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt darauf hingewiesen, dass die österreichische Bevölkerung längere Zeit mit keinen Fragen der Sicherheitspolitik und Solidarität konfrontiert wurde und als neutraler Staat zu einer „sicherheitspolitischen Entrückung" gekommen sei. (Siehe „Land der Verteidigungsmuffel" im „Standard" vom 16. April 2024 von Anna Giulia Fink, Seite 6). Senn: „Österreich hat sich als Insel wahrgenommen, umgeben von NATO- und EU-Staaten. Von der neutralen Geografie hat sich Österreich also weit entfernt gesehen von sicherheitspolitischen Problemen."

Diese Kritik ist eine klare Aufforderung zum Handeln. ★

Heinrich Neisser ist Ehrenpräsident der EBÖ. Er war für die ÖVP von 1994 bis 1999 Zweiter Nationalratspräsident im österreichischen Parlament.

Nachhaltige Impulse für den Wirtschaftsstandort Österreich

Meinungen

Industriellenvereinigung | Christoph Neumayer

EU-Mitgliedschaft ist ein Geben und Nehmen

Durch den EU-Beitritt hat sich Österreich entschlossen, den kaufkräftigsten Markt der Welt selbst aktiv mitzugestalten und nicht nur passiv seinen Vorgaben entsprechen zu müssen. Dabei ist die österreichische Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein Geben und Nehmen. Auf der einen Seite ist sie mit einer Übertragung von Souveränitätsrechten und Finanzmitteln verbunden, auf der anderen Seite eröffnet sie Österreich enorme wirtschaftliche Chancen, die ohne Mitgliedschaft nicht hätten genutzt werden können.

Vor allem der gemeinsame EU-Binnenmarkt war und ist ein Kernstück für die Stärke des gemeinsamen Europas. So konnten österreichische Unternehmen durch die Nutzung des vertrauten Rechtsrahmens neue Märkte in Zentral- und Osteuropa erschließen. Darüber hinaus profitierte Österreich von Investoren aus Drittstaaten, für die Österreich ein Tor zum EU-Binnenmarkt darstellt. Beides hat Wohlstand und Beschäftigung in Österreich gestärkt. Eine weitere Vertiefung des Binnenmarkts muss jedenfalls weiter auf der Agenda stehen.

Die wirtschaftlichen Vorteile der österreichischen EU-Mitgliedschaft werden heute als quasi-selbstverständlich angesehen. Doch sind sie dies keineswegs. Erst die EU-Mitgliedschaft hat die Export- und Investitionserfolge der österreichischen Wirtschaft sowie die verstärkte Teilhabe an grenzüberschreitenden Bildungs- und Forschungsprogrammen ermöglicht. Allerdings läuft die Europäische Union in den letzten Jahren zusehends Gefahr, durch Überbürokratisierung und Überregulierung unternehmerische Initiative zu ersticken oder sogar abzuschrecken und zu einer Union der vergangenheitsorientierten Besitzstandswahrung zu mutieren. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, wenn die nächsten 30 Jahre der österreichischen Mitgliedschaft vergleichbar erfolgreich verlaufen sollen wie die letzten 30 Jahre.

© Philipp Horak/IV

© istockphoto.com/amriphoto

Der EU-Beitritt hat sich für Österreich ökonomisch ausgezahlt – durch ein höheres Wachstum und mehr Jobs. Damit das so bleibt, muss die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Europa stärker in den Fokus rücken.

Die Integration in den europäischen Binnenmarkt und die Teilnahme an gemeinsamen EU-Projekten haben wesentlich dazu beigetragen, dass Österreich seine wirtschaftliche Position in den vergangenen 30 Jahren stärken, Innovationen fördern und die nachhaltige Entwicklung vorantreiben konnte. So stiegen die Exporte Österreichs in die EU-Mitgliedsländer durch den Zugang zum europäischen Binnenmarkt und den damit einhergehenden Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen über die Jahre deutlich an. Heute entfallen rund 70 % der österreichischen Exporte auf andere EU-Mitgliedstaaten. Hinzu kommt, dass Österreich aufgrund seines Zugangs zum EU-Markt, seiner zentralen Lage und seiner stabilen Wirtschaft in den Fokus internationaler Unternehmen gerückt ist.

Nicht zu unterschätzen sind auch die europäischen Förderungen für Umwelt und Klimaschutz. Förderprogramme wie der EU-Strukturfonds haben den Ausbau erneuerbarer Energien wie Wasserkraft, Wind- und Solarenergie beschleunigt. Auch zahlreiche Projekte im Bereich nachhaltiger Entwicklung, etwa im Verkehrssektor oder bei der Energieeffizienz, wurden durch EU-Mittel kofinanziert.

© Tanja Schalling

ÖVP-Klub | Carmen Jeitler-Cincelli

Gestalten wir Europa mit innovativen Strategien

Auch wenn es berechtigte Kritik gibt, so haben wir doch in unglaublichem Ausmaß von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Allem voran steht der Zugang zum europäischen Binnenmarkt – dem Herzstück der EU. Für Österreich bedeutet dies: Seit dem Beitritt haben sich die Exporte in andere EU-Staaten mehr als verdreifacht. Fast jeder zweite Arbeitsplatz wird dadurch gesichert. Somit hat die EU-Mitgliedschaft massiv zur Stärkung und Weiterentwicklung des österreichischen Wirtschaftsstandortes beigetragen.

Die geopolitischen Krisen der letzten Jahre haben Europas Unternehmen jedoch unter enormen Wettbewerbsdruck gesetzt. Nun braucht es schnellstmöglich Standortbedingungen, die Innovationen fördern und keine ungerechtfertigten Hürden schaffen. Der Abbau von überschießender Regulierung ist dringend notwendig. Dies umfasst die Reduzierung der Berichtspflichten für Unternehmen und die Umsetzung der One-in-one-out Regel.

Der Zugang zu leistbarer Energie, die Stärkung der industriellen Basis im Einklang mit dem digitalen Wandel sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung sind essenziell, damit wir auf dem Weltmarkt bestehen können. Dieses Bewusstsein müssen wir breitenwirksam herstellen. Die Menschen müssen wissen, dass dies die Grundlage für die Stabilität des Wirtschaftsstandorts Österreich, den Erhalt der Arbeitsplätze und das Aufrechterhalten unseres Sozial- und Gesundheitssystems ist. Hier darf es keine Denkverbote geben, es braucht innovative Strategien und klare Entscheidungen.

In den letzten Jahren wurde durch multiple Krisen deutlich, wie wichtig die EU ist, um Herausforderungen bewältigen zu können. In diesem geeinten Europa braucht es politische Vertretungsstrukturen, die auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingehen, ohne populistisch permanent die Linie zu verändern. Die Mut beweisen und sich den großen Aufgaben stellen. Nur mit einem Schulterschluss auf europäischer Ebene haben wir die Chance, dass unsere Zukunft eine Gute wird.

„Preissteigerungen, Kriege, Klimawandel sowie ein aggressiver globaler Standortwettbewerb sind Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können.“

Mariana Kühnel, Wirtschaftskammer Österreich

Durch die Teilnahme an EU-Programmen wie Horizon 2020 und Horizon Europe konnten auch zusätzliche Mittel für Forschung und Innovation gewonnen werden. Dies hat insbesondere in den Bereichen grüne Technologien und Digitalisierung zu Fortschritten geführt – Stichwort Breitbandinternet und E-Government-Dienste. Mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) wurden darüber hinaus zahlreiche Bildungs- und Qualifizierungsprojekte in Österreich realisiert, um Arbeitnehmende auf neue Herausforderungen vorzubereiten.

Auch die österreichische Landwirtschaft hat von EU-Subventionen profitiert. Der Schritt in Richtung ökologische Landwirtschaft und nachhaltige Produktionsme-

Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) | Franz Nauschnigg

EU-Beitritt hat Wirtschaftswachstum in Österreich angekurbelt

Der Weg zur österreichischen EU-Mitgliedschaft erfolgte über die Europäische Freihandelsassoziation EFTA. 1960 trat Österreich der EFTA bei. 1973 schlossen die EFTA-Staaten Freihandelsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG. Der wichtigste EFTA-Staat, Großbritannien, trat der EWG bei.

Die tiefere Integration mit der EU-Zollunion hatte damit gegenüber der EFTA-Freihandelszone gesiegt. Die meisten EFTA-Staaten sind in der Folge der EU beigetreten, umgekehrt gibt es kein Beispiel. Sogar Großbritannien ist nach dem Brexit nicht wieder der EFTA beigetreten.

Dem Präsidenten der EU-Kommission Jacques Delors gelang es mit seinem Binnenmarktprogramm, die in den 1980er Jahren herrschende Eurosklerose, das Zurückfallen der EU gegenüber den USA und Japan, zu überwinden. Die EFTA-Länder wollten daher am EU-Binnenmarkt teilnehmen. Als EU-Mitglieder oder im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Delors plante aber schon 1985 über den Binnenmarkt hinaus. Wie er mir bei der Feier zu 25 Jahre EFTA in Wien sagte, mache die volle Liberalisierung des Kapitalverkehrs das Europäische Währungssystem (EWS) der fixen Wechselkurse für Spekulation anfällig. Er startete daher schon Ende der 1980er Jahre die Arbeit an der EU-Wirtschafts- und Währungsunion. Auch jetzt sollte durch eine Vertiefung des Binnenmarktes die EU gegenüber den USA und China wieder gestärkt werden.

Österreich trat 1994 dem EWR und 1995 der EU bei. Diese Teilnahme am Binnenmarkt war für Österreich wirtschaftlich sehr positiv. Die Inflation wurde gedämpft und das Wachstum angekurbelt. Der Ederer Tausender an Einsparungen für eine Familie wurde, vor allem durch billigere Lebensmittel, schon nach einigen Jahren erreicht. Österreich gehörte 1999 auch zu den Gründungsmitgliedern des Euro.

© privat

thoden wurde durch EU-Programme unterstützt und erfolgreich umgesetzt, während Strukturfonds und Förderprogramme wie LEADER zur Stärkung der ländlichen Infrastruktur und des Tourismus beigetragen haben. ★

Kosteneinsparungen im Außenhandel

2,7–6,9 Mrd. Euro/Jahr

Ersparnis: 2–5 %
des Warenwerts durch Wegfall von Kontrollen/Wartezeiten

Ersparnis: 15–20 %
des Warenwerts durch gegenseitige Anerkennung von Prüfzeugnissen

Höhere Forschungsquote

1995 1,53 %

2023 3,3 %

Österreichs Anteil am Programm „Horizon Europe“

3,5 %
bei nur 2,5 % nationalem Beitrag zum EU-Budget

Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) | Mariana Kühnel

„Besser gemeinsam als einsam“

Der Slogan aus dem Jahr 1994 ist heute zutreffender denn je. Gerade aus ökonomischer Sicht können wir auf eine beeindruckende Erfolgsgeschichte zurückblicken: Das Wirtschaftswachstum in Österreich liegt um 0,7 Prozent über dem, was wir ohne die EU erreicht hätten. Ein paar Beispiele zur Verdeutlichung:

Rückgrat unseres Wohlstands ist der Außenhandel. Der Wegfall von Zollkontrollen und Wartezeiten an den Grenzen, der Abbau von Handelshemmnissen und die gegenseitige Anerkennung von Prüfzertifikaten haben zu Einsparungen in Milliardenhöhe geführt.

Durch den gemeinsamen Binnenmarkt ist auch unsere Stellung als Wirtschaftsstandort gewachsen. Multinationale Unternehmen, die sich in Österreich ansiedeln, sind forschungsstark, produktiv und zahlen überdurchschnittliche Löhne. Sie leisten dadurch einen wertvollen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit. Im Bereich Forschung und Technologie ist Österreich Nettoempfänger von EU-Forschungsmitteln.

Alleine von 1995 bis 2020 flossen 6,2 Milliarden Euro an Regionalförderungen in Projekte, die mit Kofinanzierung ein Gesamtinvestitionsvolumen von 25 Milliarden Euro ermöglichten. Die geförderten Projekte beinhalten auch Investitionen in Produktionsstätten in ganz Österreich. Damit wurden Wohlstandsunterschiede zwischen den Regionen erheblich verringert.

Das Erasmus-Programm hat mehr Bildung und Internationalität nach Österreich gebracht. Davon profitiert die Wirtschaft langfristig, denn Innovation und Agilität sind das A und O für einen starken Standort.

Können wir uns angesichts dieser erfreulichen Entwicklungen zurücklehnen? Eindeutig nein. Der Wirtschaftsstandort Österreich und Europa steht unter Druck: Preissteigerungen bei Rohstoffen und Vorprodukten, Kriege, Klimawandel, steigende Energiepreise, ein aggressiver globaler Subventions- und Standortwettbewerb sind Herausforderungen, die wir nur gemeinsam mit unseren Partnern in der EU bewältigen können. Insofern gilt auch für unsere Zukunft das Motto „Besser gemeinsam als einsam“ für ein starkes Österreich in einem starken Europa.

Ausländische Direktinvestitionen

16 Mrd. (1995) – 205 Mrd. (2023)

Österreichische Exporteure

12.000 (1989) – 63.700 (2024)

Exporte in die EU (70 % des Außenhandels)

34 Mrd. (1995) – 137 Mrd. (2023)

© WKÖ/Nadine Studeny

Ein soziales Europa stärkt die Gemeinschaft

Seite 10

In den vergangenen 30 Jahren wurden die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten durch eine Vielzahl von Maßnahmen gezielt und nachhaltig verbessert.

Arbeiterkammer Österreich | Renate Anderl

Gemeinsam für eine gerechte und grüne Zukunft

2025 feiert Österreich 30 Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union – drei Jahrzehnte voller bedeutender Ereignisse. Mit Blick auf die Zukunft steht die EU großen Aufgaben gegenüber: Der Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft wird Arbeitsplätze, Produktionsketten und die regionale Wirtschaft verändern. Wichtig ist, diese Herausforderungen so zu gestalten, dass niemand zurückgelassen wird. Österreich kann dabei eine Schlüsselrolle einnehmen.

Mit dem Green Deal hat die EU erste Schritte gesetzt. Der „Fonds für einen gerechten Übergang“ und der „Klima-Sozialfonds“ leisten einen Beitrag, um den Wandel sozial gerecht zu gestalten. Es sind jedoch weitere Maßnahmen nötig, um soziale Ungleichheiten abzubauen und Arbeitnehmer:innen zu unterstützen. Investitionen in erneuerbare Energien, grüne Arbeitsplätze und Weiterbildung müssen mit sozialen Sicherungsmaßnahmen und in guter Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einhergehen. Wichtig ist auch der Blick über Europas Grenzen hinaus. Der Bedarf an Rohstoffen für grüne Technologien stellt auch Länder des Globalen Südens vor große Herausforderungen. Eine faire Partnerschaft ist notwendig, um Klimapolitik weltweit nachhaltig zu gestalten.

Österreich und die EU können mit einem gerechten Umbau ein weltweites Vorbild für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Zukunft sein. Das ist europäische Solidarität, wie wir sie auch in den kommenden 30 Jahren leben müssen.

© Sebastian Philipp

© istockphoto.com/Caiaimage/Trevor Adeline

In der EU spielen soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte, Gleichstellung und sozialer Schutz eine zentrale Rolle. In den letzten drei Jahrzehnten wurden durch zahlreiche wichtige Initiativen und rechtliche Maßnahmen nachhaltige Fortschritte erzielt:

Arbeitnehmerrechte:

1993 Arbeitszeitrichtlinie: Höchstarbeitszeit, Ruhezeiten, bezahlter Urlaub
2010 Elternzeit: Mindestens 4 Monate Elternzeit pro Elternteil
2018 Überarbeitung der Entsenderichtlinie: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
2022 Mindestlohnrichtlinie

Soziale Sicherheit und Schutz:

2010 Verordnung zur sozialen Sicherheit
2017 Europäische Säule sozialer Rechte: 20 Prinzipien für soziale Rechte
2020 SURE-Fonds: Unterstützung während der COVID-19-Krise

Gleichstellung und Inklusion:

2000 Gleichbehandlungsrichtlinie
2019 Barrierefreiheit
2022 Frauenquoten in Unternehmensleitungen: Mindestens 40 % Frauen in Aufsichtsräten

NEOS | Nikolaus Scherak

Die EU ermöglicht uns ein Leben in Freiheit

Die Europäische Union ist weit mehr als ein wirtschaftliches Bündnis – sie ist ein Friedensprojekt. Vor 30 Jahren hat Österreich den mutigen Schritt gewagt, Teil dieser Union zu werden, und das war eine Entscheidung für Zusammenarbeit, Solidarität und Zukunft.

Gerade in einer Welt, die zunehmend von geopolitischen Spannungen und globalen Herausforderungen geprägt ist, bietet die EU den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, gemeinsam stärker zu sein, als es jeder Einzelne je könnte.

Die EU steht für Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Solidarität. Diese Werte zu verteidigen, ist heute wichtiger denn je. Die vergangenen 30 Jahre haben gezeigt, wie sehr wir von der gemeinsamen Zusammenarbeit profitieren – sei es in der Bewältigung von Krisen wie der Finanzkrise, der Pandemie oder aktuell in der Unterstützung der Ukraine gegen den andauernden russischen Angriffskrieg.

Ich bin überzeugt davon, dass es nichts Besseres gibt, als auf einem Kontinent zu leben, auf dem Demokratie gelebt wird, auf dem Menschenrechte geschützt werden, auf dem uns ein Leben in Freiheit ermöglicht wird.

Nach 30 Jahren EU-Mitgliedschaft kann Österreich stolz sein, Teil dieses Projekts zu sein. Die EU ist nicht perfekt, aber sie ist unser bestes Mittel, um eine friedliche, demokratische und freie Zukunft zu gestalten.

© NEOS

Europäische Säule sozialer Rechte (European Pillar of Social Rights)

- Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang
- Faire Arbeitsbedingungen
- Sozialer Schutz und soziale Inklusion

© Europäische Gemeinschaften

Die EU-Grundrechtecharta wurde am 7. Dezember 2007 feierlich proklamiert, sie kodifiziert die Menschen- und Grundrechte im Rahmen der EU

„Soziale Sicherheit und Fairness müssen für alle Menschen in der EU eine Selbstverständlichkeit sein."

Josef Muchitsch, Bundesvorsitzender Gewerkschaft Bau-Holz

Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) | Josef Muchitsch

Bauen wir gemeinsam am sozialen Projekt Europa

Die EU hat sich im Jahr 1995 von 12 auf 15 Mitglieder vergrößert. Neben Schweden und Finnland ist auch Österreich der Union beigetreten. Eine dem Betritt vorangegangene Volksabstimmung hat bei einer Beteiligung von 81,3 % eine Zustimmung von 66,6 % ergeben.

Das sehr positive Echo in der österreichischen Bevölkerung wäre heute wohl kaum wieder zu erreichen. Die Euphorie ist einer gewissen Skepsis gewichen. Ist diese aus Sicht einer Arbeitnehmerorganisation gerechtfertigt?

Die GBH ist ein großer Freund des europäischen Einigungsprozesses, da viele Erleichterungen den Menschen im gesamten EU-Raum zugutekommen. Man denke nur an die Reisefreiheit. Wer hätte sich in den 1980er Jahren gedacht, dass eine Urlaubsreise beispielsweise an die Adria ohne jegliche Grenzkontrolle auskommt?

Was uns als Gewerkschafter jedoch auffällt, ist die Ungleichheit im sozialen Gefüge der Union. Die GBH wird nicht müde zu betonen, dass genau, weil die Grenzen geöffnet sind, immer wieder Arbeitnehmer:innen nach Österreich kommen, die ihrer Rechte beraubt werden. Vielfach ist es so, dass diese Menschen die deutsche Sprache nicht beherrschen, das Rechts- und Sozialsystem Österreichs nicht kennen und deshalb um ihren gerechten Lohn gebracht werden, Urlaubsansprüche nicht geltend machen können und in ihren Heimatländern eine geringere Pensionsleistung erhalten. Die GBH zeigt Flagge und hilft an den Grenzen zu Ungarn und Slowenien, dem Einhalt zu gebieten. Dies wurde auch von der Europäischen Arbeitsbehörde ELA gewürdigt und als Best Practice-Beispiel für grenzübergreifendes Arbeiten in den Vordergrund gestellt.

Die GBH steht zur europäischen Einigung, nicht zuletzt deshalb, weil auch österreichische Arbeitnehmer:innen in der ganzen EU arbeiten können. Soziale Sicherheit und Fairness müssen für alle Menschen in der EU eine Selbstverständlichkeit sein. Bauen wir daher gemeinsam weiterhin am sozialen Projekt Europa.

© GBH-Presse

Bekämpfung von Armut:

2013 Youth Guarantee: Jobangebote für junge Menschen
2021 Kinderrechtsgarantie

Gesundheit und Verbraucherschutz:

2011 Richtlinie zu grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung
2014 Verbraucherschutzrichtlinie: Rechte beim Online-Kauf
2020 Europäische Arzneimittelstrategie: Besseren Zugang zu Arzneimitteln

Anti-Diskriminierung:

2000 Anti-Diskriminierungsrichtlinie: Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz
2011 Roma-Integration: Förderung der sozialen Inklusion

Sozialer Klimaschutz:

2020 Fonds für einen gerechten Übergang
2022 Klima-Sozialfonds

Diese Maßnahmen stärken die sozialen Rechte und fördern eine integrative, gerechte Gesellschaft. ★

Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF)

Green Deal — **Europa = klimaneutral**

2020 — für eine gerechte, inklusive grüne Transformation (Bürger:innen, Regionen) — 2050

Klima-Sozialfonds (Social Climate Fund, SCF)

EU-Klimapakt — **–55 % Treibhausgasemissionen***

2022 — für eine sozial ausgewogene Transformation (Bürger:innen, kleine Unternehmen) — 2030

*gegenüber 1990

SPÖ | Evelyn Regner

Europäische Sozialpolitik ist Fundament für die Zukunft

Die EU sieht sich regelmäßig mit großen Herausforderungen konfrontiert: sei es durch wirtschaftliche Krisen, soziale Ungleichheiten oder geopolitische Spannungen. Genau in diesen Momenten zeigt sich das Potenzial, gestärkt aus den Krisen hervorzugehen.

Im Bereich der Sozialpolitik ist der Handlungsbedarf deutlich sichtbar. Nationale Regierungen stoßen oft an ihre Grenzen, während die EU die Chance hat, mit gemeinsamen Lösungen die soziale Gerechtigkeit zu fördern und den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken. Obwohl die Sozialpolitik in der öffentlichen Debatte oft in den Hintergrund rückt, wurden beeindruckende Fortschritte erzielt:

So bildet die Charta der Grundrechte ein gemeinsames Fundament an Werten und sozialen Standards. Sie garantiert grundlegende soziale Rechte wie gerechte Arbeitsbedingungen, Schutz vor Diskriminierung und Zugang zu sozialen Sicherungssystemen.

Die Europäische Säule sozialer Rechte markiert einen weiteren Meilenstein. Sie umfasst 20 Grundprinzipien, die Chancengleichheit, den Zugang zu Arbeitsplätzen und sozialen Schutz fördern. Neben der Verpflichtung, faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, ist sie auch ein Ausdruck der sozialen Verantwortung der EU gegenüber ihren Bürger:innen. Allerdings liegt der Harmonisierungsgrad und damit die Vereinfachung von grenzüberschreitendem Arbeiten noch weit zurück im Vergleich zu anderen EU-Kernbereichen. Eine Gleichwertigkeit mit den Binnenmarktzielen fehlt bis heute.

Die Verabschiedung der Mindestlohnrichtlinie war ein weiterer Erfolg: Sie sichert in allen Mitgliedstaaten kollektivvertragliche Mindestlöhne, die den Lebenshaltungskosten und der wirtschaftlichen Situation angepasst sind. Arbeitnehmer:innen in Europa können von ihrem Einkommen leben und Lohn- und Sozialdumping wird nicht nur ernst genommen, sondern ist ein wichtiger Puzzleteil in der Bekämpfung. Diese Maßnahme stärkt das Vertrauen in die EU als Garant für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen.

© Evelyn Regner

Junge Menschen leben die europäische Idee

Europa ist für junge Menschen mehr als eine geografische Einheit. Indem sie Grenzen überschreiten und sich in Freundschaft begegnen, erwecken sie eine Vision zum Leben.

Bundes Jugend Vertretung (BJV) | Sabir Ansari

Junge Menschen und Europa: Mehr Beteiligung bitte!

Sich in der Europäischen Union frei zu bewegen, zu studieren, zu arbeiten oder eine gemeinsame Währung zu verwenden, ist für junge Menschen, die in Österreich aufgewachsen sind, selbstverständlich. Auf der anderen Seite gibt es unter jungen Menschen aber auch zunehmende Skepsis gegenüber der EU und viel Kritik, vor allem, was EU-Institutionen und Entscheidungsprozesse betrifft.

Woran liegt das? Ein Großteil der Jugendlichen fühlt sich unzureichend über die EU informiert und empfindet die Distanz zu den politischen Entscheidungszentren als Barriere. Die Krisen der letzten Jahre haben das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der EU geschwächt. Doch gerade jetzt ist eine starke europäische Gemeinschaft wichtiger denn je, um globale Herausforderungen wie den Klimawandel oder die wachsenden sozialen Ungleichheiten anzugehen. Junge Menschen wollen ernst genommen werden. Ihre Ideen und Perspektiven müssen Gehör finden, schließlich sind sie es, die mit den langfristigen Konsequenzen heutiger Entscheidungen leben müssen. Es braucht gezielte Beteiligungsformate, die über symbolische Aktionen hinausgehen. Der EU-Jugenddialog zeigt, dass viele Jugendliche bereit sind, sich einzubringen – wenn die richtigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

Damit junge Menschen nicht ungehört bleiben, müssen Beteiligungsprozesse wie der EU-Jugenddialog gestärkt werden. Nur so kann es gelingen, Vertrauen in die EU aufzubauen und die Basis für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung zu legen. Junge Menschen brauchen Platz für die Mitgestaltung des politischen Diskurses!

© BJV

© istockphoto.com/DisobeyArt

Für junge Menschen ist die EU keine abstrakte politische Institution, sondern eine Realität, die ihre Lebenswelt prägt. Dank Programmen wie Erasmus+ haben sie die Möglichkeit, im Ausland zu studieren, Praktika zu absolvieren oder an Jugendaustauschprojekten teilzunehmen. Diese Erfahrungen erweitern ihren Horizont, fördern interkulturelles Verständnis und stärken ihre Identität als europäische Bürger:innen. Es sind Begegnungen wie diese, die den europäischen Gedanken greifbar machen: Vielfalt erleben, Gemeinsamkeiten entdecken und Vorurteile abbauen.

Auch in ihrem Alltag setzen sich viele junge Europäer:innen für die Werte der EU ein. In sozialen Bewegungen, NGOs oder Jugendparlamenten engagieren sie sich für Themen wie Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte. Dabei nutzen sie digitale Plattformen, um grenzüberschreitend zu kommunizieren und gemeinsam Lösungen für globale Herausforderungen zu entwickeln. Mehrsprachigkeit ist dabei eine zentrale Erfolgsformel junger Menschen: Denn Sprachen werden heute nicht nur in der Schule gelernt, sondern auch durch Musik, über Filme oder Freundschaften. Dies ermöglicht es, Barrieren zu überwinden und sich als Teil einer größeren Gemeinschaft zu fühlen.

Zwar stellen populistische Strömungen und Euroskepsis die europäische Idee immer wieder infrage, doch die Jugend begegnet diesen Entwicklungen vielfach mit Optimismus. Die europäische Idee lebt – und junge Menschen sind ihre treibende Kraft. Sie zeigen, dass Europa nicht nur eine politische Union ist, sondern ein lebendiger Raum, in dem gemeinsame Werte und Visionen die Grundlage für eine bessere Zukunft bilden. So gestalten sie ein Europa, das vereint ist in seiner Vielfalt. ★

EUth | Dave Kock

Europa braucht mehr junge Perspektiven

Desillusionierung, Frustration, das Gefühl, nicht gehört oder gar ignoriert zu werden. Das sind nur ein paar der Begriffe, mit denen die Sicht der Jugend auf die Politik beschrieben werden kann. Um diese Trends zu verstehen und gegen sie anzukämpfen, wurde 2023 und 2024 von EUth das Projekt #STEH FÜR WAS durchgeführt: Eine Umfrage samt Fokusgruppen mit über 2400 Teilnehmenden im Alter von 16-30, dazu Podiumsdiskussionen und Kamingespräche mit Politiker:innen.

Die durchgeführte Umfrage zeigt ein differenziertes Bild, was junge Menschen in Österreich von der Politik und der Europäischen Union erwarten. Klar zeigen sich die Sorgen – Teuerung, Klimawandel und auch die Handhabung von Migration – aber auch ihre Forderungen. So ist die Zufriedenheit der jungen Menschen mit der EU lediglich als „Befriedigend" benotet worden, gefordert werden vor allem bessere und mehr Kommunikation auf Augenhöhe sowie mehr Repräsentation von jungen Perspektiven. Eine überwältigende Mehrheit spricht sich für einen Diskurs über mehr europäische Integration aus – beispielsweise sollen Themen wie die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa oder ein geeintes Europäisches Heer offen diskutiert werden.

Ein zögerlicher Kurs der österreichischen EU-Politik wäre also nicht der richtige für die kommenden Jahre, um die junge Bevölkerung zu begeistern. Gerade diese Begeisterung braucht es aber für eine engagierte Gesellschaft, den Grundbaustein jeder Demokratie. Nur eine solche Öffentlichkeit wird die Probleme unserer Zeit lösen und den europäischen Idealen gerecht werden können.

© EUth.at/Susanne Divacka

Vereinigung für europapolitische Bildung – AEDE Österreich | Elisabeth Dittrich

Unsere Jugend hat eine europäische Identität

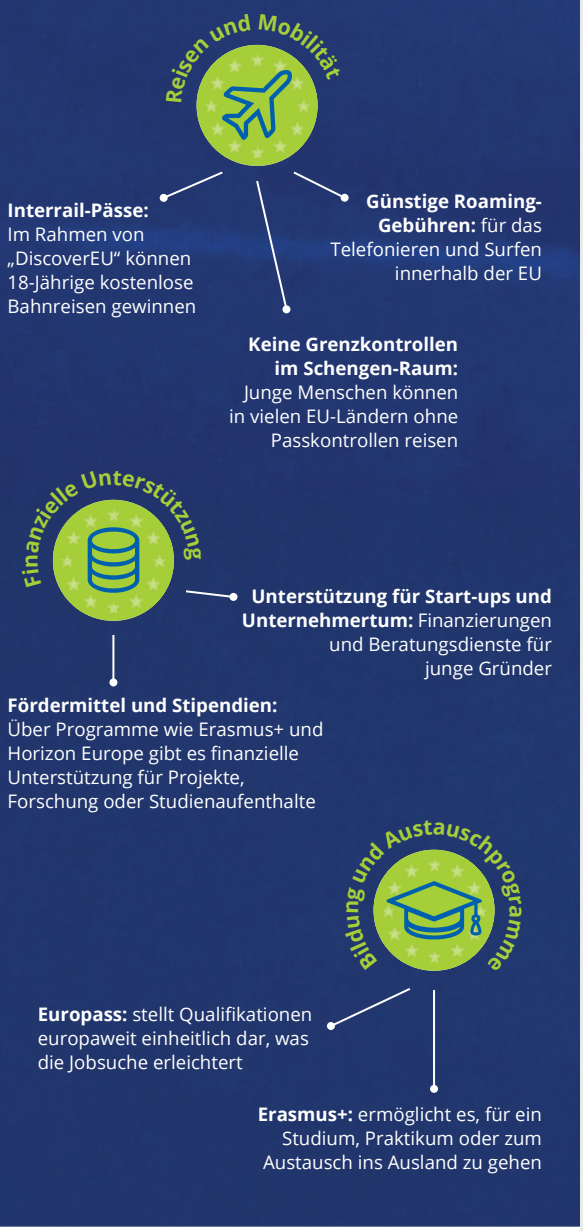
Willkommen im Jahr 1993: Wiener Schüler:innen lernen erstmals das moderne Kommunikationsmittel „Videokonferenz" kennen. Siemens Österreich, die Industriellenvereinigung und die Rundfunkübertragungsstelle der Post haben ein virtuelles Treffen mit Schüler:innen in München möglich gemacht. Im Gespräch geht es um Österreichs Weg nach Europa: Eine wirtschaftliche Kooperation sei notwendig, aber sowohl unsere deutschen Freunde als auch wir wollten die Mark bzw. den Schilling behalten. Auch der Erhalt der eigenen Identität, Kultur und Geschichte sei wichtig. Die Münchner:innen meinten, sie seien in erster Linie Bayern, dann Deutsche und zum Schluss Europäer:innen. Und bei uns? Neben dem Thema Transit und der Angst, von den großen Mitgliedsländern überrollt zu werden, machen wir uns vor allem Sorgen um die Neutralität.

Ein Schüler blickt zurück: „Es ist unglaublich, wie ängstlich wir waren! Fast alles haben wir in Frage gestellt. Und wie begeistert waren wir, als wir die erste Studienfahrt nach Brüssel unternehmen durften. Wir besuchten unsere belgische Partnerschule und hatten einen großartigen „Europatag". Danke, dass Sie uns dies ermöglicht haben!" Und heute? Laut Eurobarometer denken junge Menschen „europtimistischer" als die Gesamtbevölkerung. Auch in unserer AEDE-Jugend-Taskforce lebt Europa: Amina mit marokkanischem, Norbert mit polnischem, Milena mit serbischem, Erol mit türkischem und Sonja mit chinesischem Hintergrund, Arleen mit italienischen Verwandten, Lea und Jonathan aus Wien. Die europäischen Freundschaften, die Reisen nach Brüssel, Straßburg, Luxemburg und Den Haag haben sie geprägt. Gemeinsam ist ihnen ihre „europäische Identität", gelebt in Wien, eine sprachliche und kulturelle Vielfalt, die es erleichtert, dieses Europa zu spüren, zu erleben und mitzugestalten.

© Foto Jeschofnig

enschen zahlreiche Möglichkeiten

© EUth



European Youth Forum Neumarkt (EYFON) | Claudia Weyringer

Stellen wir die europäische Idee wieder in den Fokus

Eine Generation dauert durchschnittlich 30 Jahre – von der Geburt eines Elternteils bis zur Geburt eines Kindes – und steht im allgemeinen Sprachgebrauch für Vergleiche zwischen damals, heute und morgen.

Damals, 1995, war der Begriff „Festung“ negativ besetzt, weil er Grenzen zum Rest der Welt beschrieb, die nicht in das Konzept von internationalem Freihandel, Solidarität und wertebestimmter Weltgemeinschaft passten. Heute scheint nach meiner Erfahrung als EYFON Referentin – besonders bei jungen Menschen –, der Begriff einen neuen Reiz gewonnen zu haben. Verbunden mit diesem Festungsgedanken lässt sich leider auch eine Abkehr von den EU-Gründungsgedanken und -werten erkennen, ein neuer Egoismus, wachsender Nationalismus und wenig Scheu vor „rechtem Gedankengut“ wird salonfähig.

Der Rechtsruck in Österreich, Europa, der Welt, eine Weltanschauung jenseits von Solidarität und Toleranz punktet. Bei der politischen Diskussion verlieren kluge und fundierte Argumentation, Höflichkeit, Respekt, Achtung anderer Meinungen sowie korrekte Wortwahl gegen Pointen und Behauptetes an Stelle von Fakten.

Dem nationalen und rechten Gedankengut, welches sich durch eine unterschwellige, aber vorhandene Europafeindlichkeit definiert, muss und kann nur mit Bildung, Dialog und Wissensvermittlung auf Basis von Fakten begegnet werden.

Das Europäische Jugendforum Neumarkt legt in seinen unterschiedlichen Formaten großen Wert auf Dialog, kritisches Hinterfragen und Themen wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtstaatlichkeit.

Gelebte europäische Werte und Aufzeigen der unbestrittenen Errungenschaften wie Frieden, Wohlstand und stabile Demokratien müssen in der politischen Diskussion wieder in den Vordergrund rücken, damit sie der nächsten Generation ein Anliegen sind.

© EYFON

Zukunft Europa: Es geht um Stärke nach innen und nach außen

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Ewald Nowotny

EU-Mitgliedschaft ist Bekenntnis zu Offenheit und Solidarität

Österreichs Beitritt zur EU war ein historischer Angelpunkt, dessen volle Bedeutung vielfach erst später voll sichtbar wurde. Viele wichtige Entwicklungen haben sich zu einem späteren Zeitpunkt ergeben – aber eben im Rahmen der EU-Mitgliedschaft Österreichs. Wirtschaftlich brachte die Mitgliedschaft zunächst einen Modernisierungsschub für Österreich, das bis dahin vielfach ein „Land der Kartelle" gewesen war – wobei dieser erhöhte Wettbewerbsdruck auch eine starke Herausforderung für das österreichische Spezifikum der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft darstellte.

Entgegen mancher Befürchtung kam es bei realistischer Betrachtung zu einer Stärkung der Souveränität Österreichs. Speziell im Wirtschaftsbereich hatte sich die Politik über lange Zeiträume hinweg im Wesentlichen auf den Nachvollzug der Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland beschränkt. Die – durchaus erfolgreiche – „Hartwährungspolitik" im Sinne eines permanent festen Wechselkurses zur Deutschen Mark ist für diese Politik des „Nachvollzuges" ein deutliches Beispiel. Mit der Mitgliedschaft Österreichs in der EU – und später speziell in der Europäischen Währungsunion – war Österreich dann nicht mehr in der Rolle des passiven Nachvollzuges, sondern war – und ist – eingebunden in die Entscheidungen auf supranationaler EU-Ebene.

Beim welthistorischen Ereignis der Implosion der kommunistischen Regime in Osteuropa rückte Österreich als Mitglied der EU – nicht nur geographisch – in das Zentrum Europas. Die folgende massive Unterstützung durch die EU ermöglichte einen raschen Aufschwung der neuen Mitgliedstaaten, wovon Österreich in besonderem Maße profitierte.

In der Gesamtsicht bedeutet die EU-Mitgliedschaft ein Bekenntnis zu Offenheit und Solidarität – beides freilich Werte, für die man stets von Neuem kämpfen muss.

© OENB

© Vicky Posch

Die EU steht angesichts einer Welt im Umbruch vor zahlreichen Herausforderungen, die sie nur gemeinsam erfolgreich bewältigen kann.

Die Europäische Union braucht den Austausch von Ideen, Meinungen und Perspektiven mehr denn je. Dieser Diskurs muss sowohl auf institutioneller Ebene als auch innerhalb der Zivilgesellschaft geführt werden. Die Vielfalt der Mitgliedstaaten, ihrer Geschichte, Sprache und kulturellen Identität prägt die unterschiedlichen Ansätze und Erwartungshaltungen und macht es mitunter mühsam, gemeinsame Lösungen für die komplexen Herausforderungen Europas zu finden.

Ob Fragen zur Klimapolitik, Migration, Demokratie, Europas Rolle in einer zunehmend polarisierten Welt oder wirtschaftlichen Zusammenarbeit – der EU muss es gelingen, einen offenen Diskurs über die Zukunft Europas im Spannungsfeld zwischen nationalen Interessen und supranationalen Zielen zu führen. Nur wenn der Austausch dazu ein lebendiger Ausdruck des Strebens nach Einheit in Vielfalt ist, kann er dazu beitragen, das Bewusstsein für gemeinsame Werte und Herausforderungen zu stärken.

Mit Blick auf eine mögliche Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten, insbesondere der Westbalkanländer und der Ukraine, wird die Reform der EU-Entscheidungsprozesse, insbesondere die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in bestimmten Bereichen, intensiv diskutiert. Diese Reformen sollen die Handlungsfähigkeit der EU stärken, stoßen aber auf Widerstand einiger Länder.

Die Diskussionen rund um diese Themen zeigen die Chancen einer stärker integrierten europäischen Politik auf. „Europa ist immer in Zeiten der Bedrohung stärker geworden. Diese Stärke nach innen und nach außen brauchen wir heute", sagt EBÖ-Präsident Leitl. ★

Europäische Akademie Wien | Waltraud Temmel

Österreich profitiert von Mehrwertsteuer-Harmonisierung

Die Harmonisierung der Mehrwertsteuer in der EU ist ein stetiger Prozess, der maßgeblich zur Stärkung des Binnenmarktes und zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen hat.

Ein wichtiger Meilenstein war die Einführung des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems im Jahr 1970. Die Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112/EG fasste in der Folge alle Vorschriften in einem einzigen Rechtsakt zusammen und schuf somit eine solide Grundlage für die weitere Harmonisierung.

Die positiven Auswirkungen zeigen sich beispielsweise in der Erhöhung des Handelsvolumens durch die Abschaffung der Einfuhrumsatzsteuer im Jahr 1993, der Reduktion von Wettbewerbsverzerrungen durch Festlegung von Mindestsätzen, oder der Verhinderung von Steuerdumping.

Die aktuelle Initiative „VAT in the Digital Age" (ViDA) der EU-Kommission ist ein weiterer wichtiger Schritt zu einem modernen, effizienten und zukunftssicheren Mehrwertsteuersystem.

beigestellt

„Mutlosigkeit führt nicht dazu, Fehler zu vermeiden. Mutlosigkeit ist der Fehler.“

Lukas Mandl, Mitglied des Europäischen Parlaments für die ÖVP

Europäische Föderalistische Bewegung Österreich (EFBÖ) | Lukas Mandl & Eva Lichtenberger

Reform der EU-Institutionen macht keine Fortschritte

Lukas Mandl und Eva Lichtenberger im Interview über ihre Erwartungen an Europas Zukunft.

Hat die Konferenz zur Zukunft Europas ihr Reformversprechen gehalten?
Lichtenberger: Es gab von Anfang an viel Skepsis, aber auch große Erwartungen. Diese neue Form der Bürger:innenbeteiligung sollte Antworten auf die drängenden Fragen zur Reform der Institutionen finden, aber auch in brisanten Themen wie Migration, Klimawandel, digitale Transformation oder soziale Krisen. Im Mai 2022 wurde ein Papier mit 49 Maßnahmen vorgelegt, darunter die Forderung nach Aufhebung der Einstimmigkeit, nach der Wiederbelebung des Spitzenkandidat:innenprinzips bei der Europawahl und nach einem Konvent.
Mandl: Die Konferenz zur Zukunft Europas gibt es schon seit 1979 und nennt sich Europäisches Parlament. Dieses ist demokratisch legitimiert und vertritt alle Unionsbürger:innen. Das Engagement der Bürger:innen ist dennoch über alle Maßen zu schätzen. Alles, was Bewegung in die EU-Reform bringt, ist gut. Letztlich geht es um demokratische Prozesse und Entscheidungen.

Wie bewerten Sie die aktuelle Stimmungslage in Sachen EU-Reform?
Mandl: In fast allen Mitgliedsländern gibt es Zurückhaltung in Sachen EU-Reform, weil es schlimmstenfalls zu Rückschritten kommen könnte. Diese Angst ist nicht unberechtigt. Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber. Die EU wird immer mehr an Kraft verlieren, wenn sie sich nicht weiterentwickelt. Das EU-Parlament spielt eine entscheidende Rolle, um Leadership im Sinne von Courage und Verantwortung einzufordern und zu honorieren.
Lichtenberger: Für einen Konvent mit dem Ziel von Vertragsänderungen gab und gibt es keine Mehrheit im Rat. Vielmehr hat dieser darauf bestanden, dass den Abschluss nur eine Erklärung bildet, die die Institutionen zu nichts verpflichtet.

Ist die Stimme der Bürger:innen und ihres Parlaments laut genug?
Lichtenberger: Während einige inhaltliche Forderungen von der Kommission durchaus aufgegriffen wurden, gab es in Sachen Reform keine Fortschritte. Das könnte ein großer Fehler sein: All die Bürger:innen, die sich mit der Zukunft der EU auseinandergesetzt haben, so zu enttäuschen, diskreditiert nicht nur das Projekt, sondern auch die Institutionen, die es initiiert haben.
Mandl: Das ist ein entscheidender Punkt. Mutlosigkeit führt nicht dazu, Fehler zu vermeiden. Mutlosigkeit ist der Fehler. Dieser wird den Verantwortlichen und deren Institutionen schaden. Unser demokratisches Gefüge ist fragil. Für die Stärkung unserer Zivilisation der liberalen Demokratie muss das EU-Parlament den mitgliedsstaatlichen Regierungen und der Kommission Mut zusprechen, mehr denn je.

© Alexander Louvet; Büro Lukas Mandl/M. Lahousse

© EYFON

EBÖ-Vizepräsident Jörg Leichtfried im Interview

Europa muss geeint und rasch handeln

Wie steht es um den europäischen Reformprozess?
Es wurde in der EU schon viel erreicht: Der Binnenmarkt, Fördergelder für die Entwicklung ländliche Gebiete, Erasmus-Stipendien für internationale Studien, der Ausbau von Konsument:innenschutz wie etwa der Wegfall der Roaming-Gebühren, die Reisefreiheit und einen seit 80 Jahren bestehenden Frieden in Zentraleuropa. Ich stehe für eine weitere europäische Integration und ein Europa, das noch stärker zusammenhält, unsere Souveränität und unsere Sozialsysteme schützt und in gute Arbeitsplätze, nachhaltigen Wohlstand und eine dynamische Wirtschaft investiert. Nur so kann die EU ihr Wohlstands- und Friedensversprechen auch in Zukunft halten.

Was sind die größten Herausforderungen vor denen die EU derzeit steht?
Die EU hat in den vielfältigen Krisen der letzten Jahre unter Beweis gestellt, dass sie geeint und rasch handeln kann, wenn der politische Wille vorhanden ist – leider fehlt es bisweilen am nötigen Zusammenhalt in der EU. Europa ist nun von zahlreichen Konflikten umgeben, die vom russischen Angriffskrieg in unserer unmittelbaren Nähe, über Syrien, den Nahen Osten sowie Nordafrika bis in den Sahel reichen. Angesichts der vielfältigen außen- und sicherheitspolitischen wie auch wirtschaftlichen Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht, ist die Sicherheit Österreichs mehr als je zuvor unmittelbar mit jener Europas verknüpft.

Was braucht es, damit die EU auch in Zukunft ein Garant für Frieden und Wohlstand bleibt?
Es braucht europäischen Einsatz für ziviles Krisenmanagement und Konfliktprävention, internationale Mediation, Friedenserhaltung und Friedensaufbau. Aber auch die EU-Erweiterung ist ein wichtiger Beitrag für die Ermöglichung von Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent. Daher ist etwa eine geordnete Erweiterungspolitik eine Maßnahme, das Friedensprojekt Europa solidarisch fortzuführen. Aus österreichischer Sicht sollte es dabei vor allem um eine Unterstützung des Westbalkans gehen, was auch den Aufbau und die Stärkung von Sozialpartnerstrukturen vor Ort beinhaltet.

© feelimage/Mantern

Gemeinsam für Frieden, Freiheit und Sicherheit

Die EU hat sich als einzigartiges Friedensprojekt etabliert. Ihre Vision, Frieden zu bewahren und nachhaltiges Wirtschaften zu fördern, erfordert angesichts der aktuellen Herausforderungen eine neue Dynamik.

Grüne | Thomas Waitz

Mahnmal gegen Krieg und Faschismus

Wer in die Zukunft sehen will, muss immer auch die Vergangenheit im Blick haben. Anlässlich der 30-jährigen Mitgliedschaft Österreichs im „Friedensprojekt Europa“ ist es zentral, die historische Notwendigkeit dieses Projekts in Erinnerung zu rufen. Im 20. Jahrhundert gipfelten nationalistische und faschistische Ideologien in zwei schrecklichen Weltkriegen. Das in Europa historisch einmalige „Friedensprojekt EU“ ist damit nicht nur eine politische Union, sondern vor allem ein Mahnmal gegen Krieg und Faschismus. Umso bedenklicher ist das momentane Erstarken nationalistischer, faschistischer und demokratiefeindlicher Ideologien überall in Europa. Im Europäischen Parlament, wo sich mittlerweile bereits mehrere rechtsextreme Parteien zu perfiden internationalen Nationalisten-Fraktionen zusammengeschlossen haben, bedrohen diese immer mehr die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.

Der pro-europäische und antifaschistische Konsens gerät überall in Europa ins Wanken. Umso mehr müssen pro-europäische Parteien jetzt zusammenhalten und dürfen nicht der Versuchung erliegen, rechte Polemik zu kopieren, um kurzzeitige Wahlsiege einzufahren. Der Blick in die Vergangenheit sollte auch eine Warnung sein. Der Aufstieg der Nationalsozialisten gelang, weil demokratische Parteien versuchten, die NSDAP nachzuahmen oder meinten, Hitler in Schach halten zu können.

Als demokratische und pro-europäische Parteien müssen wir gerade jetzt unsere Tradition der Nichtzusammenarbeit mit rechten und rechtsextremen Fraktionen aufrechterhalten und gemeinsam eine Brandmauer bilden. Ich sage ganz klar: Nie wieder ist jetzt. Wer aus Machtkalkül mit anti-europäischen und anti-demokratischen Parteien zusammenarbeitet, wird bald in einem Europa ohne Europäische Union und Demokratie aufwachen.

© Team Waitz

© istockphoto.com/gremlin

„Für viele Bürgerinnen und Bürger in Österreich geht es nicht mehr um ‚mehr oder weniger Europa', sondern ‚warum überhaupt Europa?' Eine Antwort darauf ist so wichtig wie nie zuvor seit Österreichs Beitritt 1995, denn Europa muss angesichts der geopolitischen Krisen und Trump in den USA die Fähigkeit zur Selbstverteidigung stärken. Auch die österreichische Politik ist gefordert und sollte sich dazu in Brüssel viel stärker und konstruktiv einbringen. Klar ist, dass Europa in seiner Sicherheit und Verteidigung nicht mehr auf externe Akteure angewiesen sein sollte und die Zusammenarbeit intensivieren muss."

Friedhelm Frischenschlager, Vizepräsident der EBÖ

Globale und regionale Herausforderungen wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Klimakrise, der Nahost-Konflikt, Bedrohungen für die liberale Demokratie und Grundrechte sowie wachsende geopolitische Spannungen stellen die Union vor immense Aufgaben. Hinzu kommen wirtschaftlicher Konkurrenzdruck durch aufstrebende Mächte wie China und die Möglichkeit einer weiteren Polarisierung im transatlantischen Verhältnis, insbesondere durch die neuerliche Präsidentschaft von Donald Trump.

Diese Herausforderungen verdeutlichen: Europa braucht mehr denn je entschlossene europäische Lösungen und eine klare strategische Orientierung. Vor allem gilt es, die Bürgerinnen und Bürger stärker einzubinden und Europa widerstandsfähiger und handlungsfähiger zu machen.

Demokratie und Grundrechte stärken

Die folgenden Handlungsfelder stehen dabei im Fokus:

Der Schutz von Demokratie und Grundrechten – außerhalb und auch

Landwirtschaftskammer Österreich | Josef Moosbrugger

Nachhaltig-effizient in die Zukunft

© Schedl

Die EU hat sich im Jahr 2000 beim Europäischen Rat in Luxemburg zum Ziel gesetzt, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen und dadurch einen größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Was in den letzten Jahren geschehen ist – insbesondere im Rahmen der vermeintlichen Nachhaltigkeitsstrategie Green Deal – geht jedoch vielfach in eine andere Richtung. Lange dominierte ideologisch motivierte Einseitigkeit, die an den Betroffenen vorbei verhandelt wurde, was selten zum Ziel führt.

Europaweite Bauernproteste waren die klare und unmissverständliche Folge. Selbst im ökologischen Vorreiterland Österreich, dessen Agrarumweltprogramm in der EU als vorbildhaft gehandelt worden ist, leiden wir unter unpraktikablen EU-Vorgaben und fordern eine Kurskorrektur hin zum EU-Ziel der echten Nachhaltigkeit. Es gilt, neben der Umwelt auch Wirtschaft und den Menschen selbst zu berücksichtigen. Nur auf eine Säule zu setzen, ergibt kein tragfähiges Gerüst und bringt letztendlich alles zum Fall. Sinnvolle Klimaschutzpolitik darf nicht die klimaschädliche Importwirtschaft fördern.

Wir befürworten daher, dass in Europa der Ruf nach mehr Wettbewerbsfähigkeit wieder lauter wird. Es gilt, die europäischen Bäuerinnen und Bauern, Forstwirtinnen und Forstwirte in ihrer wichtigen Rolle als Versorger Europas mit Lebensmitteln, erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu stärken und unnötige Bürokratie abzubauen. In diesen zentralen Bereichen dürfen wir nicht primär auf Einfuhren vertrauen. Für die Zukunft brauchen wir eine starke, nachhaltig-effiziente und bäuerliche Produktion, wobei auch Digitalisierung gute Dienste leisten kann.

© istockphoto.com/AscentXmedia

innerhalb der EU - ist eine zentrale Voraussetzung für das Vertrauen der Bürger:innen in die EU.

Sicherheit und Verteidigung

In einer zunehmend instabilen Welt muss Europa seine Sicherheitsarchitektur stärken. Die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion mit gemeinsamen strategischen Zielen ist hierbei ein entscheidender Schritt. Handlungsbedarf besteht auch dahingehend, wie hybride Bedrohungen an den EU-Außengrenzen abgewehrt werden können.

Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit

Der European Green Deal bleibt das zentrale Projekt für Klimaschutz und wirtschaftliche Transformation. Um die grüne und digitale Wende zu finanzieren, sind eine vertiefte Integration des Binnenmarktes sowie neue Finanzierungsinstrumente nötig. Auch die Förderung einer ethischen und nachhaltigen Nutzung von Künstlicher Intelligenz bleibt auf der europäischen Agenda.

Soziale Fairness

Gerade in Zeiten disruptiver Veränderungen ist die soziale Dimension der EU weiterhin eine Notwendigkeit, um sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit zu fördern.

Europa in der Welt

Die geopolitische Rolle der EU verlangt eine Neuausrichtung ihrer Industrie- und Handelspolitik, um Abhängigkeiten zu verringern und kritische Sektoren zu stärken. Gleichzeitig muss die Erweiterung der EU mit klaren Vorgaben und einer glaubwürdigen Perspektive vorangetrieben werden. Reformen der EU-Institutionen sind dabei unerlässlich, um eine handlungsfähige und bürgernahe Union zu gewährleisten. ★

Österreichischer Gemeindebund | Johannes Pressl

© Jürg Christandl

Europa lebt von Partnerschaft und Vertrauen

Was sind die größten Herausforderungen für die Kommunen in der EU?

Die größten Herausforderungen für die Gemeinden in der EU liegen heute in der Bewältigung vielschichtiger globaler Krisen und deren Auswirkungen auf lokaler Ebene: Klimawandel, demografischer und struktureller Wandel, Migration, digitale Transformation und soziale Ungleichheit. Kommunen müssen nicht nur als Verwaltungseinheiten handeln, sondern als resiliente politische Akteurinnen, die in der Lage sind, globale Veränderungen in konkrete, nachhaltige Lösungen vor Ort umzusetzen. Dabei stehen sie oft vor der Schwierigkeit, begrenzte Ressourcen effizient einzusetzen, während sie gleichzeitig eine immer vielfältigere und stärker vernetzte Gesellschaft bedienen müssen. Eine weitere große Herausforderung ist die gesellschaftliche Polarisierung und die daraus resultierenden politischen Zäsuren. Es bedarf heute mehr denn je einer engen Zusammenarbeit zwischen lokalen, nationalen und europäischen Ebenen, um diese Herausforderungen erfolgreich zu meistern und eine Kommunikationsbasis für solidarische Schulterschlüsse zu bewahren.

Was braucht es auf EU-Ebene sowie auf lokaler Ebene, damit die EU auch in Zukunft ein Garant für Frieden und Wohlstand bleibt?

Es ist entscheidend, dass sowohl auf EU-Ebene als auch auf lokaler Ebene eine starke Partnerschaft und ein gegenseitiges Vertrauen bestehen. Es braucht eine aktive Miteinbeziehung der Kommunen im europäischen Gestaltungsprozess. Auf EU-Ebene muss die Union ihre politischen und wirtschaftlichen Integrationsprozesse weiter vertiefen, dabei aber die Vielfalt der Regionen und der dort lebenden Menschen respektieren. Gleichzeitig benötigen die Kommunen vor Ort mehr Handlungsspielräume und Ressourcen, um europäische Ziele und Werte praktisch umzusetzen – sei es im Bereich der sozialen Gerechtigkeit, der nachhaltigen Entwicklung oder der Förderung des Zusammenhalts. Das Prinzip der Subsidiarität und das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung greifen hier eng ineinander. Bessere Rechtsetzung und Deregulierung sind nicht zu unterschätzen. Denn wenn die Beweggründe für Regelungen wieder nachvollziehbar und der Bevölkerung erklärbar sind werden örtliche Betriebe investieren.

„Damit die EU weiterhin eine Garantin für Frieden und Wohlstand bleibt, braucht es die kompromisslose Verteidigung von liberaler Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Bekämpfung der Klimakrise und Vertiefung der Sozialunion müssen als Priorität auf die politische Agenda. Dazu sollte das Instrument der ‚Verstärkten Zusammenarbeit' genutzt werden und die Einstimmigkeit im Rat der Mitgliedstaaten fallen."

Monika Vana, Abgeordnete zum Europäischen Parlament a.D.
Lehrbeauftragte der Universität Wien

WH Media | Marcin Kotlowski

KI wird die Zukunft Europas wesentlich mitgestalten

Seit Österreich vor 30 Jahren der Europäischen Union beigetreten ist, haben sich die wirtschaftlichen, technischen und sozialen Rahmenbedingungen rasant weiterentwickelt. Heute stehen wir an der Schwelle zu einer neuen Welt, die in vielen Bereichen von Künstlicher Intelligenz gestaltet wird.

Die Integration von KI revolutioniert zunehmend auch das Regionalfernsehen, wir sehen das nicht zuletzt bei WH Media. KI-Technologien ermöglichen effizientere Produktionsprozesse, steigern die Kundenzufriedenheit und erhöhen die Zuschauerbindung. Mit Tools wie Speech-to-Text werden Transkriptionen automatisiert, was die Archivierung und Suche von Inhalten vereinfacht und den redaktionellen Workflow optimiert.

Die Einführung der intelligenten Videosuche im Media-Asset-Management-System Mimir beschleunigt das Auffinden relevanter Inhalte und lernt aus Nutzerinteraktionen. Dies erhöht die Effizienz der Redaktion, da sie weniger Zeit für das Durchsuchen von Videomaterial aufwenden muss. KI verbessert auch die Bearbeitungsgeschwindigkeit und reduziert die benötigte Zeit im Schnittbereich drastisch.

Zudem profitieren Content Creators und Verwaltungsteams von automatisierten Routineaufgaben und verbesserten Workflows. Fallstudien zeigen bereits, dass KI die Qualität der Inhalte optimiert und die Medienlandschaft langfristig transformieren wird. Zukünftige Projekte bei WH Media zielen darauf ab, KI-Modelle weiterzuentwickeln und innovative Formate zu erschaffen, um den steigenden digitalen Anforderungen gerecht zu werden.

© Kawka

Gemeinsam für Europa: Österreichs Plattform der europäischen Kräfte

EBÖ

Als überparteiliche Plattform der pro-europäischen Kräfte in Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft setzen wir uns seit 1958 und in Kooperation mit unserem Netzwerk von European Movement International für die Stärkung des Europagedankens, die Förderung der europäischen Integration sowie die Aktivierung der Bürger:innen ein.

Öffentlicher Diskurs

Wir moderieren seit vielen Jahren einen öffentlichen Diskurs zur Zukunft Europas und laden alle Menschen ein, sich aktiv daran zu beteiligen.

Mit Formaten wie „Grätzel goes Europa“ oder der Workshop-Reihe „Europa gemeinsam gestalten“ für Unternehmen und Zivilgesellschaft, die in Kooperation mit dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Wien initiiert wurde, machen wir die Idee von einem gemeinsamen Europa im Alltag der Menschen präsent und greifbar. Durch den niederschwelligen Zugang gelingt es, bestehende Ängste und Barrieren abzubauen. Bei Podiumsdiskussionen setzen wir uns für eine faktenorientierte Auseinandersetzung mit aktuellen Fragestellungen zur Weiterentwicklung Europas ein.

Kommunikation und Austausch

Was läuft gerade in Brüssel und Straßburg? Welche europapolitischen Themen stehen in nächster Zeit an? Wir organisieren und intensivieren die Europa-Kommunikation im Dialog mit EU-Akteur:innen auf nationaler und europäischer Ebene, z.B. durch exklusive Hintergrund-Briefings für unsere Mitgliedsverbände und unser Netzwerk. Anlässlich der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats laden wir z.B. gemeinsam mit der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) regelmäßig zu digitalen De-Briefings mit der Europäischen Zentralbank ein.

Zudem gibt der EBÖ-Ratskalender eine Vorschau auf die wichtigsten Termine und Events der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft sowie einschlägige Veranstaltungen des EBÖ-Netzwerks.

© Vicky Posch

Starke und stabile Einheit

Bedrohungen wie der Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen erfordern ein Umdenken und neue Lösungen. Wir bringen uns mit gemeinsamen Positionierungen aktiv in den Diskussionsprozess ein.

Damit Frieden und Wohlstand in Europa nachhaltig gesichert sind, muss die EU als starke Einheit auftreten, denn die neuen Herausforderungen sind nur durch eine rasche Weiterentwicklung zu bewältigen. In der EBÖ fassen wir zu unterschiedlichsten europäischen Themen gemeinsame Positionierungen und agieren hier in Kooperation mit unserer Dachorganisation European Movement International (EMI), einem Netzwerk mit Partnerorganisationen in über 40 Ländern und zahlreichen europäischen Organisationen. Wir fordern unter anderem:

- Handlungsfähige EU-Institutionen, z.B. durch die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat in wichtigen Politikfeldern sowie eine verstärkte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,
- eine Erweiterung des Binnenmarktes; einen Ausbau von bi- und multilateralen Handelsabkommen; Armutsbekämpfung; Fokussierung der Schulsysteme auf Talente und Begabungen; Green Deal in Kooperationen mit globalen Stakeholdern,
- Demokratie, Humanität, Rechtsstaatlichkeit, Vielfalt und Freiheit müssen die Identität Europas bestimmen; Menschenrechte sind so vorzuleben, dass sie zur Nachahmung anregen.

Hauptaktivitäten der EBÖ

Europa-Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Vernetzung der Mitglieder

Kooperation durch diverse Info-Formate (z. B. EBÖ Exklusiv Hintergrund-Briefing)

Multiplikator:innen-kampagnen

Veranstaltungen

gemeinsame Grundsatzpositionierungen zur österreichischen Europapolitik und zur Weiterentwicklung der EU

Unsere Ziele

Europäische Werte schützen

Reform der EU vorantreiben

Europäisches Bewusstsein stärken

Information über Europa anbieten

Gemeinsame Lösungen finden

Präsidium und Vorstand ab 2025

Präsident: Christoph Leitl

Vizepräsident:innen: Jörg Leichtfried | Sabine Radl | Friedhelm Frischenschlager | Ewald Nowotny

Generalsekretärin: Elisabeth Dittrich
Stv. Generalsekretärin: Christa Schweng

Finanzreferentin: Ortrun Gauper

Vorstandsmitglieder: Sabir Ansari, Bundes Jugend Vertretung | Christian Buchmann, European Youth Forum Neumarkt (EYFON) | Werner Fasslabend, Österreichische Föderation der Europahäuser | Monika Forstinger, proquest | David Hafner, Österreichischer Gewerkschaftsbund | Carmen Jeitler-Cincelli, ÖVP-Klub | Othmar Karas, BürgerInnenforum Europa | Dave Kock, EUth | Marcin Kotlowski, WH Media | Ferdinand Lembacher, Landwirtschaftskammer Österreich | Alexander Lesigang, Österreichischer Städtebund | Christian Mandl, Wirtschaftskammer Österreich | Josef Muchitsch, Gewerkschaft Bau-Holz | Franz Nauschnigg, Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit | Johannes Pressl, Österreichischer Gemeindebund | Evelyn Regner, SPÖ | Gerhard Riemer, Industriellenvereinigung | Niki Scherak, NEOS | Paul Schmidt, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik | Thomas Waitz, Grüne | Valentin Wedl, Arbeiterkammer Österreich

© Vicky Posch (4), Weinwurm Fotografie, EBÖ

Europäische Bewegung Österreich

1040 Wien, Schaumburgergasse 20/2A

office@eb-austria.eu | @EB_Austria | @eb_austria

www.eb-austria.eu | /EBAustria | company/eb-austria

Diese Broschüre wurde mit freundlicher Unterstützung der Wirtschaftskammer Österreich produziert.

WKO WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurde an einigen Stellen auf geschlechtsbezogene Formulierungen verzichtet.
Selbstverständlich sind immer Frauen und Männer gemeint, auch wenn explizit nur eines der Geschlechter angesprochen wird.

Impressum **Herausgeber:** Europäische Bewegung Österreich | Mag.ª Sabine Radl | 1040 Wien, Schaumburgergasse 20/2A office@eb-austria.eu | www.eb-austria.eu | **Redaktion / Grafik:** E.W.S.COM Kommunikationsagentur, Mag.ª Elisabeth Wolfbauer-Schinnerl **Fotos:** Fotonachweise bei den jeweiligen Bildern | **ZVR-Zahl:** 711548897 Dezember 2024

Europäische
Bewegung
Österreich

„Österreichs Weg nach Europa ist frei.“

Alois Mock, österreichischer Außenminister von 1987–1995, gilt als einer der „Väter des österreichischen EU-Beitritts“

Wirtschaft

Soziales

Jugend

Diskurs

Zukunft